

Mehrwertsteuersenkung

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Kluge Wirtschaftsforscher – wo gibt es die schon? Hier eine Ausnahme: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat einen vernünftigen Vorschlag zur Steuerreform gemacht. Er besteht darin, die Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) zu senken. Die Idee, das zu tun, ist weder neu noch revolutionär. Sensationell ist aber, dass sie von einem Institut kommt, dessen Chef Marcel Fratzscher die Autobahnprivatisierung wesentlich vorangetrieben hat.

Das Berliner Institut schlägt konkret vor, den normalen Mehrwertsteuersatz von derzeit 19 Prozent um einen Prozentpunkt auf 18 Prozent zu senken. Außerdem solle der ermäßigte Satz, der auf Nahrungsmittel und den Nahverkehr erhoben wird, von jetzt sieben auf fünf Prozent gesenkt werden.

Das Ganze ist keine Kleinigkeit. Insgesamt kommen über die Mehrwertsteuer jährlich 226 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen, was einem Drittel der gesamten Steuereinnahmen entspricht. Fakt ist auch, durch die Mehrwertsteuer werden die ärmeren Schichten überdurchschnittlich belastet. Ganz einfach deshalb, weil sie einen größeren Teil ihres Einkommens konsumieren (müssen). Die Lohn- und Einkommenssteuer steigt dagegen progressiv. Reiche haben einen höheren Steuersatz – wenn er auch bei weitem nicht hoch genug ist. In der Diskussion zur Bundestagswahl reden die Parteien – besonders CDU/CSU, FDP und AfD – von einer »Entlastung« der Bürger bei der Einkommenssteuer. Weil das ärmste Viertel der Bevölkerung keine Einkommenssteuer zahlt, würde es bei einer Verringerung der Einkommenssteuer vollkommen leer ausgehen.

Anders die indirekte Mehrwertsteuer. Sie ist im Laufe der 90er und nuller Jahre schrittweise angehoben worden. Zuletzt war das 2007 der Fall. Die CDU hatte im Wahlkampf 2005 für eine Anhebung der Steuer um zwei Punkte plädiert, um den Staatshaushalt zu sanieren. Die SPD unter dem damaligen Chef Franz Müntefering lehnte das strikt ab. Als die große Koalition zwischen beiden arrangiert worden war, fanden sie erstaunlich schnell einen »Kompromiss«: Eine Erhöhung des Steuersatzes um drei Punkte auf die jetzt noch gültigen 19 Prozent. Müntefering damals: »Es ist unfair, Politiker an ihren Wahlversprechen zu messen.«

Wenn der Mehrwertsteuersatz jetzt um einen Punkt zurückgenommen würde, ergäbe das eine Entlastung von elf Milliarden Euro insgesamt, kalkulieren die DIW-Ökonomen. Eine Senkung des ermäßigten Satzes von sieben auf fünf Prozent, bedeute eine Entlastung von weiteren vier Milliarden. Beides käme vor allem den Ärmern zugute. Das DIW schlägt vor, dass einige Waren wie Hundefutter, Bücher und Zeitungen vom ermäßigten Satz auf den höheren wechseln sollten. Das ist kein guter Vorschlag. Auch hier würden die Armen stärker belastet als die Reichen und die gute Literatur und die guten Zeitungen stärker geschädigt als die schlechten.

Es würde wahrscheinlich ein Weilchen dauern, bis die Preise nach einer Mehrwertsteuersenkung entsprechend nachgeben. Der leichte Vorteil wäre für den einzelnen nur gering und kaum spürbar. Dennoch: Die Mehrwertsteuersenkung ist eine der Maßnahmen, die notwendig sind, soll die dauernde Umverteilung von unten nach oben umgekehrt werden.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er leitet als Chefredakteur die Wochenzeitung *Unsere Zeit* (UZ) der DKP

<https://www.jungewelt.de/artikel/315795.mehrwertsteuersenkung.html>